



Landesgartenschau - eine Fortsetzungsgeschichte

Nach dem Beschluss der Ratsversammlung, die Entscheidung des Landeskabinetts zugunsten Schleswigs anzunehmen, mussten zunächst Arbeitsstrukturen geschaffen werden. Mit der Entscheidung des Landes, keine Sondermittel zu gewähren, sind sämtliche finanzielle Risiken von der Stadt zu übernehmen.

Städtische Gremien und die Durchführungsgesellschaft „Landesgartenschau Schleswig/Schleiregion 2008 GmbH“ werden gemeinsam in einer Art „Patchworkverfahren“ zuständig sein müssen. Die „Landesgartenschau Schleswig/



Königswiesen - eine Vision

Schleiregion 2008 GmbH“ ist in ihrer neuen Form jetzt gegründet und hat unter Leitung des Interimsgeschäftsführers Wolfgang Schoofs die Arbeit aufgenommen.

In nächster Zukunft wird die Gesellschaft eine Reihe steuerrechtlicher Fragen zu prüfen haben, um eine möglichst kostengünstige Realisierungsmöglichkeit ermitteln zu können. Dabei spielt die Frage, was nach Beendigung der LGS mit dem Gelände geschehen soll, eine wichtige Rolle.

Gleichzeitig ist auf der Grundlage der Bewerbungsunterlagen ein Realisierungswettbewerb ausgeschrieben worden. Am 22. August hat eine Jury, der Sach- und Fachpreisrichter angehören, die Ergebnisse gesichtet und bewertet. Die

Zusammensetzung der Jury folgt den rechtlichen Vorgaben für derartige Wettbewerbe. Die Mehrheit wird von den Sachpreisrichtern (Nachweis beruflicher Qualifikation) gestellt. Aus dem Wettbewerbsergebnis leitet sich ab, welche Maßnahmen in welchen Schritten zu bearbeiten sind.

Unabdingbar ist aber eine Anhebung der Königswiesen, um sie vor Überflutung zu schützen. Zudem wird das Gelände im Herbst diesen Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach eingezäunt werden, so dass eine weitere Nutzung nicht mehr möglich ist. Unklar ist zur Zeit, ob und in welchem Umfang vorhandene Einrichtungen weiter genutzt werden können. Das betrifft vor allem Freibad und Skateboardanlage. Auch die ansässigen Wassersportvereine werden mit Einschränkungen (z.B. Wegfall des Parkplatzes) rechnen müssen.

Strittig unter den Parteien ist die Frage, wer über Maß und Umfang der Nutzungseinschränkungen entscheiden soll: Ratsversammlung oder „Landesgartenschau Schleswig/Schleiregion 2008 GmbH“.

Die SPD-Fraktion hat sich nachdrücklich gegen die Ausrichtung der LGS gewandt. Nach der Entscheidung befinden wir uns in einer etwas seltsamen Situation. Um Schaden von der Stadt abzuwenden, müssen die finanziellen Folgen so gering wie möglich ausfallen. Deshalb werden auch wir, obwohl rechte Begeisterung nicht aufkommt, notgedrungen für einen Erfolg der LGS arbeiten.

Wir setzen uns entsprechend dafür ein, dass alle Entscheidungen rational und transparent erfolgen. Das betrifft sowohl Leistungs- wie Stellenausschreibungen. Wir streben eine möglichst umfassende und realistische Endabrechnung an. Bei allen inhaltlichen Entscheidungen achten wir darauf, dass nach „Show“ möglichst Vieles weitergenutzt werden kann.

Aus der Schleswiger SPD-Fraktion

Modernisierung Ladenstraße

Die SPD hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgreich dafür eingesetzt, Gelder für ein Modernisierungskonzept für die Ladenstraße einzustellen, um das Erscheinungsbild attraktiver zu gestalten und so den Leerständen entgegenzuwirken.

Die SPD strebt einen Ideen- bzw. Realisierungswettbewerb unter möglichst großer Bürgerbeteiligung sowie Beteiligung der Interessengemeinschaft Ladenstraße (IGL) an. Ziel ist, dass die Aufwertung des Bereiches vom Domziegelhof über Stadtweg und Kornmarkt bis hin zum Gallberg bis zum Frühjahr 2008, also zur Eröffnung der Landesgartenschau, abgeschlossen ist.

Wir wollen, dass den Besuchern und auch den Bürgern Schleswigs ein attraktives Einkaufserlebnis für Jung und Alt geboten wird. Die Schleswiger SPD verspricht sich von diesem Projekt eine nachhaltige Wirkung. Davon können die Stadt Schleswig, die Schleswiger Bürger und auch die Schleswiger Wirtschaft profitieren. Als ersten Schritt hat die SPD für zusätzliche Sitzgelegenheiten in der Ladenstraße gesorgt.

Einkaufszentrum Friedrichsberg

Maßgeblich dem Einsatz der SPD ist es zu verdanken, dass das geplante Einkaufszentrum im Friedrichsberg nicht im Stadtrandbereich auf einem Gelände der Gemeinde Busdorf, sondern an zentraler Stelle im Friedrichsberg errichtet werden soll. Bereits frühzeitig haben wir uns für den Standort an der Friedrichstraße ausgesprochen, während die CDU sich lange nicht dazu durchringen konnte, eine Entscheidung zu treffen.

Die Investitionen im unteren Bereich der Friedrichstraße können eine Impulswirkung haben und andere Investitionen in diesem Bereich nach sich ziehen. Die Modernisierung und Aufwertung des Stadtteils Friedrichsberg wird fortgesetzt. Es ist an der Zeit, dass die Planungen der Investoren endlich konkret werden. Geänderte Planungen (Baukörper dichter an der Friedrichstraße, geänderte

Zufahrten) machen eine erneute Auslegung und Beteiligung der Bürger möglich und nötig. Wir fordern die Bürger auf, von ihrem Mitwirkungsrecht Gebrauch zu machen.

Wir fahren Sie zur Wahl!

Wenn Sie eine Fahrgelegenheit zu Ihrem Wahllokal brauchen, melden Sie sich bitte unter der Rufnummer

855212

Wir fahren Sie gerne!

Tourismus in Schleswig

Unser Schleswig ist eine schöne, eine liebenswerte Stadt, die vor allem im Bereich der Kultur viel zu bieten hat. Der Tourismus in Schleswig ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft. Leider stagnieren die Besucherzahlen in letzter Zeit. Daher begrüßen wir die Gründung der Tourismus GmbH. Sie bietet die Möglichkeit einer weiträumigen professionellen Vermarktung der gesamten Schleiregion. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich das Engagement zweier Schleswiger Gastronomen zur Aufwertung des Louisenbades.

Schulen als Standortfaktor - Kinder- und Jugendliche in Schleswig

Schleswig hat ein sehr gutes Schulangebot. Die Schleswiger Schulen sind insgesamt in einem besseren Zustand als in vielen anderen Gemeinden. Es zahlt sich aus, dass man in Schleswig immer Wert darauf gelegt hat, eine sachgemäße und werterhaltende Bauunterhaltung durchzuführen. Für Investitionen im Bereich der offenen Ganztagsangebote erhält Schleswig Bundesmittel in Höhe von rd. 3 Millionen Euro (Bugenhagschule, Schule Nord, Gallbergsschule, Dannewerkschulen/Peter-Härtling-Schule). Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen. Das sind Investitionen, die Aufträge für die regionale Wirtschaft bedeuten und Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus

SCHLESWIG

backbord

Sonderbeilage zur Bundestagswahl



Liebe Schleswigerinnen und Schleswiger,
am 18. September 2005 haben wir
die vorgezogene **Bundestagswahl**.
Diese Wahl ist eine absolute **Richtungswahl**.
Bitte schauen Sie ganz genau hin.

Mit der Gegenüberstellung einiger Argumente möchten wir Ihnen bei dieser Wahl helfen.

Das will die SPD

20 % aller privaten Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen können bis zu einer Höhe von 600,- € von der Einkommenssteuer abgesetzt werden.
Innovative Mittelstandsbetriebe sollen Kredite erhalten, die 2 % unter dem Kapitalmarkt liegen.

Davon können in Schleswig 1800 Betriebe profitieren.

Übrigens: Wussten Sie, dass die Lohnnebenkosten unter Kohl von 35,5 % (1990) auf 42,1 % (1998) gestiegen, und unter Schröder auf 41,0 % (2005) gesunken sind?

Bereich Wirtschaft

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verteuert die Handwerkerrechnungen und fördert die Schwarzarbeit. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (Merkelsteuer) würde, wenn überhaupt, nur Sinn machen, wenn die zusätzlichen Einnahmen komplett zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt werden. Aber hier konnte sich Frau Merkel nicht gegen ihre CDU-Ministerpräsidenten durchsetzen, die damit ihre Länderhaushalte sanieren wollen.

Bereich Arbeit

Weitere hohe Förderung von energetischer Gebäudesanierung und Ausbau regenerativer Energien. Das schafft Arbeitsplätze. Allein im Bereich der Windenergie sind in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren 5000 Arbeitsplätze entstanden. Damit ist Schleswig-Holstein einer der Weltweit führenden Standorte.

Korrekturen bei Hartz IV. Ältere Arbeitnehmer erhalten länger ALG I.

Bessere Vermittlung von Jugendlichen.

Mehr kommunale Investitionen durch den Erhalt und eine positive Entwicklung der Gewerbesteuer.

Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Das bedeutet aber auch das Ende der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Für Maßnahmen zur beruflichen Qualifikation und zur Förderung Benachteiligter wäre kein Geld mehr vorhanden.

Derzeit befinden sich im Bereich des Arbeitsamtes Flensburg 4895 Menschen in Maßnahmen.

Der Bezug von ALG I soll erst nach 10 Jahren Beitragszahlung ermöglicht werden.

Übrigens: Wussten Sie, dass die Zahl der Arbeitsplätze unter Kohl bei 37,91 Mio. (1998) und unter Schröder bei 38,6 Mio. (2004) lag. Das sind 950.000 mehr.

Bereich Arbeitnehmerrechte

Keine Einschränkungen beim Kündigungsschutz.
Erhalt der Tarifautonomie und der Mitbestimmung.

Einführung eines Mindestlohnes. Das schafft existenzsichernde Arbeitsplätze und schützt die regionale Wirtschaft vor ausländischen Billiganbietern.

Mit Merkel fällt der Kündigungsschutz in ca. 90 % aller Unternehmen.
Eingriff in die Tarifautonomie, Eingriff in Arbeitnehmerrechte.

Hierzu hat die CDU leider bisher nichts gesagt.
Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sind im CDU Programm nicht vorgesehen.

Übrigens: In Schleswig gibt es ca. 12000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze

Bereich Steuern

Gerechte Steuern. Reiche zahlen zukünftig wieder 45 % Einkommenssteuer. Erhalt der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge.

Weitere Senkung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 39 %. Abschaffung der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge. Das trifft allein in den Schleswiger Krankenhäusern ca. 1500 Beschäftigte. Weitere Kürzung der Pendlerpauschale.

Übrigens: In Schleswig gibt es ca. 10000 Ein- und Auspendler.

Bereich Bildung

Mehr Bildungsgerechtigkeit. Ein Schulsystem, das besser auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet ist. Neuausrichtung der Ausbildung von Erziehern und Kindergärtnerinnen. Keine Studiengebühren für das Erststudium.

Erhalt eines veralteten Schulsystems. Einführung von Studiengebühren. Kürzung BaFög. Damit wird der Zugang zu Bildung für Kinder aus einkommensschwachen Schichten erschwert.

Übrigens: In Schleswig gibt es derzeit 4280 Schulkinder, davon 1728 in den beiden Gymnasien.

Bereich Gesundheit

Weiterentwicklung des Gesundheitssystems zu einer Bürgerversicherung. Alle - auch Besserverdienende, Selbständige, Politiker - werden in die Versicherung einbezogen. Damit bleibt das solidarische System erhalten und finanzierbar.

Mit Merkel kommt die Einführung der Kopfpauschale. Jeder zahlt gleich viel: der Manager genauso viel wie sein Chauffeur, der Chefarzt genauso viel die Krankenschwester. Für Einkommensschwache bedeutet das sogar eine Verteuerung der Krankenversicherung. Das ist der Abschied vom solidarischen System.

Übrigens: Den Ansatz der CDU versteht selbst der Gesundheitsexperte der CSU Seehofer nicht.

Bereich Familie

Schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Schleswig besuchen derzeit ca. 700 Kinder einen Kindergarten. Förderung von Ganztagsangeboten.

Mit Merkel kommt das Ende einer modernen Familienpolitik. Eine Verbesserung der Tagesbetreuung wird es nicht geben. Frauen wird dadurch der Weg ins Arbeitsleben erschwert.

Übrigens: Die Schleswiger Schulen haben fast 3 Mio. Euro Fördergelder zur Einrichtung von Ganztagsangeboten aus Bundesmitteln erhalten.

Mit Dr. Wolfgang Wodarg hat die SPD Schleswig einen ausgewiesenen Experten im Bereich Gesundheit in Berlin. Als Mitglied der parlamentarischen Versammlung vertritt er den Bundestag auch international. Trotzdem ist Dr. Wodarg oft in seinem Wahlkreis, um mit Bürgern zu diskutieren und Anregungen aufzunehmen. Für die sogenannten Blumentopftermine, also Geburtstage, Ausstellungen und andere Feierlichkeiten, bleibt ihm da natürlich nicht so viel Zeit wie dem CDU Kandidaten Börnsen.

Bitte nehmen Sie Ihr demokratisches Recht in Anspruch und gehen Sie wählen. Mit nicht abgegebenen Stimmen stärken Sie immer auch die Extremparteien. Bitte handeln Sie verantwortungsvoll, schauen Sie sich die Argumente und vor allem die Lösungsvorschläge der Parteien an und entscheiden sie sich für eine zukunftsorientierte verantwortungsvolle soziale Politik.

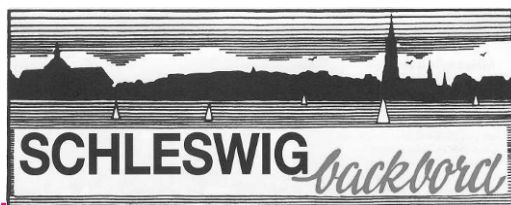
Die oben aufgeführten Gründe zeigen, dass **die SPD auch für Schleswig die richtige Wahl** ist.

Übrigens: Unser ganzes Wahlprogramm finden Sie unter www.SPD.de oder schauen Sie unter www.die-falsche-wahl.de

werden wir uns auch weiterhin für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen stark machen, weil wir davon überzeugt sind, dass sie die bessere Alternative darstellen.

Im Bereich der Kindertagesstätten fördern wir die Einrichtung von Krippenplätzen und setzen uns dafür ein, dass Voraussetzungen geschaffen werden, um Defizite im Spracherwerb und sozialen Miteinander aufzuarbeiten. In Schleswig gibt es vielfältige Betreuungs- und Förderangebote für Kinder und Jugendliche. Die SPD hat sich dafür eingesetzt, dass ein Konzept für die Stadtteiljugendarbeit erstellt wird, um eine bessere Vernetzung der Angebote zu erreichen und ggf. bessere Finanzierungsmöglichkeiten gerade im Hinblick auf die neuen Ganztagsangebote zu erzielen.

Besonders erwähnen möchten wir die erfolgreiche Arbeit des Jugendzentrums. Hier zeigt sich, dass es richtig war, dass die SPD sich über Jahre hinweg auch in schwierigen Zeiten für den Erhalt des Jugendzentrums eingesetzt hat. Im letzten Jahr zählte das JZ über 30.000 Besucher. Der Bereich Kinder, Jugend, Schulen stellt also durchaus einen Standortfaktor für Schleswig dar, auf den Schleswig stolz sein kann.



Herausgeberin: SPD-Schleswig
Redaktion: Christian Conrad (V.i.S.d.P.),
 Moltkestraße 33, 24837 Schleswig;
 Gesche Wilkens, Claus Tempel,
 Matthias Bachmann, Stephan Dose
Layout: Claus Tempel
Druck: Druckerei Sterndruck, Heinrich-
 Herz-Straße 24, 24837 Schleswig,
 Telefon 53340
Auflage: 12.000 Exemplare
 SCHLESWIG backbord wird kostenlos
 an alle Haushalte verteilt.
Spendenkonto: NOSPA, Kto.-Nr. 41378,
 BLZ: 217 500 00
Email: backbord@spd-schleswig.de

backbord SATIRISCH

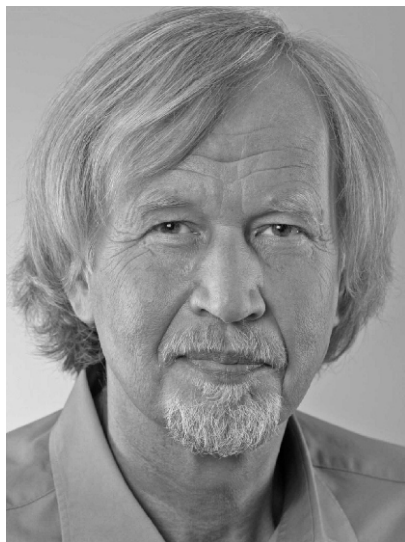
Der Sommer in Schleswig ist ja immer etwas Besonderes, insbesondere wenn er stattfindet. Auch dieses Jahr hatten wir ein paar Wochen lang Glück (mal sehen, was 2008 wird). Meine wenigen freien Stunden verbrachte ich auf den Königswiesen bzw. in der angrenzenden Schlei, wo sollte der „Schleswiger an sich“ sonst auch hingehen? Dort müsste es ja leer sein, dachte ich, denn der CDU-Ratsherr Neubauer hatte mehrfach darauf hingewiesen, dass die Königswiesen nur noch von Randgruppen der Bevölkerung genutzt würden. Doch groß war meine Überraschung, wen Neubauer zu diesen Randgruppen zählt. Da begegnet man Touristen, Hundebesitzern (guten Morgen Bischof Knuth), Sozialdemokraten, Familien mit Kindern, Ballonfahrern, Freizeitsportlern, Badenden aller Altersgruppen (Hut ab vor manchen unserer Senioren, die zeigen uns Jüngeren, was Fitness ist), Jugendlichen beim Baden und Flirten (jung müsste Mann bzw. Frau sein!) und vielen anderen Randgruppenmitgliedern. Sogar einige Freundinnen und Freunde von CDU und SSW konnte man bei der Ortsbesichtigung auf dem Landesgartenschauengelände beobachten, oder gehören die etwa auch zu einer Randgruppe?

Doch mitten beim Sonnenbaden überkam mich die Erleuchtung: Ich konnte Herrn Neubauer und Frau Schwarz förmlich sehen, wie sie im Pavillon sitzen und die Schleswiger auf den Königswiesen beobachteten. „Frank, die müssen hier weg, die nerven nur unsere Touristen!“ „Caro, dann lass dir was einfallen.“ Und so wurde die Idee der Landesgartenschau entwickelt. Endlich soll Bewegung in diese Personengruppen kommen, zumindest Bewegung weg von den Königswiesen, wo sie nur stören. Und wie geht das besser als mit einer Umzäunung und Eintritt?

Aber wohin mit all den Randgruppen? „Das sind doch nur Minderheiten in unserer Gesellschaft. Caro, wer kümmert sich denn um die?“, fragt da unser Frank und plötzlich strahlt Caroline: „Wer ist die neue Minderheitenbeauftragte der Landesregierung? Genau! Ich! Caroline Schwarz, Miss Gartenschau und im Nebenberuf CDU-Fraktionsvorsitzende im Rathaus.“

„Alternative Beschäftigungen für diese Randgruppen werden wir schon finden, es muss endlich Schluss sein mit diesem sommerlichen Rumgehänge. Schließlich soll es aufwärtsgehen mit Schleswig! Frank, du fließt mit ihnen die Küche der Pestalozzi-Schule.“

Vielleicht, denke ich, könnte Frau Schwarz auch Kurse im Marmeladekochen anbieten, das war schließlich eine ihrer Qualifikationen fürs Bürgermeisteramt - oder verwechsle ich da was?



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

wie keine andere Partei steht die SPD für soziale Gerechtigkeit und für eine nachhaltige Reformpolitik mit Augenmaß. Demographischer Wandel und eine globalisierte Wirtschaft zwingen uns zu Anstrengungen, die unser Land zukunftsfest machen.

Als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 1 Flensburg / Schleswig habe ich mich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass bei allen Reformvorhaben die soziale Balance gewahrt wird. Wir müssen unsere sozialen Sicherungssysteme reformieren, damit diese auch in den kommenden Jahrzehnten noch funktionsfähig sind. Aber nicht jedes Vorhaben der Bundesregierung konnte ich hierbei ohne Einschränkungen unterstützen. Zu häufig waren Anpassungen der Gesetzentwürfe

notwendig, weil der Bundesrat von der Union dominiert wird.

Für die kommende Legislaturperiode sehe ich meine Aufgabe auch darin, die Auswirkungen der Reformen im Auge zu behalten und in Fällen, in denen es zu unverhältnismäßigen Härten gekommen ist, die entsprechenden Veränderungen herbeizuführen. So halte ich zum Beispiel die Zuverdienstmöglichkeiten von Hartz-IV-Empfängern für zu niedrig! Außerdem müssen Menschen, die jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, länger Anspruch auf das Arbeitslosengeld I haben.

In meinem Fachgebiet, der Gesundheitspolitik, wird es darauf ankommen, den unsinnigen Krankenkassenwettbewerb so zu reformieren, dass endlich diejenigen von den Vorteilen des Wettbewerbs profitieren, die Hilfe am dringendsten benötigen. Insbesondere Alte und chronisch Kranke sind auf die Solidargemeinschaft angewiesen. Ihnen muss besonders geholfen werden. Gegebenenfalls muss der Gesetzgeber erneut eingreifen. Es darf auch nicht so bleiben, dass die großen Pharmakonzerne ihre Interessen mit Hilfe von unverschämtem Lobbyismus durchsetzen!

Ein weiterhin äußerst wichtiger Wirtschaftsfaktor ist die Landwirtschaft. Ich bin für einen rigorosen Abbau von Subventionen für die Agrarindustrie und für eine Förderung des ökologischen Landbaus. Die gentechnische Veränderung von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen birgt erhebliche ökologische Risiken und ist der falsche Weg. In einem Bericht für die Parlamentarische Versammlung des Europarates habe ich Vorsorgemaßnahmen empfohlen.

Schleswig und der Kreis Schleswig-Flensburg werden durch die Umstrukturierungen aufgrund des Abzugs der Bundeswehr vor große Herausforderungen gestellt. Ich werde auch weiterhin meinen Beitrag dazu leisten, damit die Akteure vor Ort die Hilfen von Bundeseite erhalten, damit die Konversion ein Erfolg wird.

Wir brauchen außerdem eine verbesserte Förderung touristischer Angebote zwischen Flensburger Förde und Schlei. Ein durchgehender, attraktiver Rad- und Wanderweg an der Ostsee von Flensburg bis nach Schleswig wäre ein Angebot, welches nicht nur für Familien äußerst reizvoll wäre. Hierfür setze ich mich mit Nachdruck ein.

Diese Wahl ist eine Richtungswahl: Sozialer Zusammenhalt oder schwarz-gelber Neoliberalismus bei dem Markt und Geld das Sagen haben? Ich möchte in der SPD-Fraktion und mit der SPD-Fraktion weiter für soziale Gerechtigkeit kämpfen und bitte alle Menschen aus unserer schönen Region um ihre Unterstützung und ihre Stimme am 18. September.

Die Starken für die Schwachen
Die Reichen für die Armen
Die Gesunden für die Kranken
Dr. Wolfgang Wodarg - für den Norden in Berlin

Ihr Dr. Wolfgang Wodarg, MdB